

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 247-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.1169

Eingereicht am: 19.11.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Rudin (Lyss, glp) (Sprecher/in)

Imboden (Bern, Grüne)
Kronenberg (Biel/Bienne, glp)
Zumstein (Bützberg, FDP)
Studer (Niederscherli, SVP)

Weitere Unterschriften: 17

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Polizeiliche Erfassung von homophober Gewalt

Der Regierungsrat wird beauftragt, homophobe Gewalt durch die Polizei erfassen zu lassen.

Begründung:

Durch homophobe Gewalt wird die Würde der Opfer untergraben. Dies führt zu kostenintensiven psychischen und physischen Schäden und fördert auch in einem grösseren Massstab gesellschaftlichen Hass und Gewalt gegen homosexuelle Bürgerinnen und Bürger. Nur mit konkreten Zahlen aus dem Polizeialltag lassen sich realistische Schlüsse zur Bekämpfung solcher Gewalttaten ziehen.

Praktisch jeder homosexuelle Mensch hat zumindest verbale Beschimpfungen in seinem Leben aufgrund seiner sexuellen Orientierung erfahren. Solche und insbesondere physische Gewalttaten werden von der Polizei jedoch bisher nicht gesondert erfasst. Dies wäre nötig, um festzustellen, wie gravierend sich die Problematik der homophoben Gewalt im Kanton Bern darstellt. Dabei geht es nicht darum herauszufinden, welche sexuelle Orientierung das Opfer hat und diese zu

erfassen, sondern darum, mit welchem Motiv und an welchem Ort die Gewalttat vonstatten ging. So kann etwa ein Opfer befragt werden, ob es zu einer Beschimpfung wie «Schwuchtel», «Dreckslesbe» oder dergleichen während der Tat gekommen ist. Diese Vorgehensweise ist aus zwei Gesichtspunkten besser als eine opferorientierte: Erstens müssen sich ungeoutete Opfer nicht zur Homosexualität bekennen und zweitens kann homophobe Gewalt auch an Heterosexuellen und Bisexuellen begangen werden.

In Ländern wie Schweden und Grossbritannien wird homophobe Gewalt bereits heute gesondert von der Polizei festgehalten. Wo früher nur Dunkelziffern geschätzt werden konnten, verzeichnet Grossbritannien mittlerweile mehr als 15 000 Meldungen aufgrund homophober Gewalt, die erst durch eine Erfassung bei der Polizei sichtbar gemacht wurden. In Bern ist dies heute bei Rassismus und Islamophobie der Fall. Da ein Opfer nach einer Gewalttat sowieso befragt werden muss, ist der bürokratische Aufwand minim. Es sollte lediglich eine neue Kategorie hinzugefügt werden.